



Liebe Klinik-kompakt-Leserinnen und -Leser,

so langsam wirft die Bundestagswahl im September dieses Jahres ihre Schatten. Die meisten Parteien haben die Entwürfe ihrer Wahlprogramme verabschiedet beziehungsweise deren Eckpunkte publiziert. Darin zeigt sich, dass zumindest einige Parteien im Krankenhausbereich Großes vorhaben, während andere mit eher bekannten Aussagen im Rahmen des Erwartbaren bleiben.

Am weitesten gehen die Vorstellungen der Linken. Sie wollen private Klinikträger rekommunalisieren oder in freigemeinnützige Hände geben. Dies soll über einen Bundesfonds zur Rekommunalisierung erfolgen. Neben diesen massiven Eingriff in die Trägerstruktur soll auch das DRG-System abgeschafft werden. Die Betriebskosten der Krankenhäuser werden dann vollständig durch die Krankenkassen refinanziert.

Die mögliche zukünftige Regierungspartei Bündnis90/Die Grünen möchte eine neue Säule der Krankenhausfinanzierung schaffen. Neben einem fallzahlabhängigen Vergütungsanteil soll es zukünftig eine Strukturfinanzierung geben, die sich aus dem gesellschaftlichen Auftrag des Krankenhauses ableitet. Übersetzt bedeutet das eine Vorhaltefinanzierung der Krankenhäuser. Die seit Jahren andauernde Investitionsmisere soll mit dem Einbezug des Bundes in die Finanzierung begegnet werden. Im Gegenzug soll dieser Grundsätze der Planung definieren dürfen. Schließlich sind weitere Verbesserungen im Bereich der Qualität geplant.

Derart konkrete Forderungen sucht man bei der FDP vergebens. Dort wird nur allgemein von der Verbesserung der Investitionsfinanzierung und der Qualität gesprochen. Die Notwendigkeit einer Strukturreform im Krankenhausbereich wird lediglich angedeutet.

Die Union als größte Regierungspartei hat noch kein Wahlprogramm. Wohin die Reise gehen kann, zeigt ein Papier der CSU von einer Klausurtagung aus dem Januar dieses Jahres. Danach soll mit einer Investitionsoffensive gerade die Krankenhausversorgung in ländlichen Räumen gestärkt werden. Zu diesem Zweck soll ein Sicherstellungszuschlag in Höhe von fünf Milliarden Euro bereitgestellt werden.

Auch die SPD bleibt eher vage in ihren Ausführungen. Dort wird nur ein allgemeiner Überarbeitungsbedarf des Fallpauschalensystems in den Kliniken, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin angemahnt. Auch hier werden eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung und der Erhalt der ländlichen Versorgung gefordert. Ansonsten ist der stationäre Sektor Gegenstand von allgemeinen Ausführungen zu einer besseren sektorenübergreifenden Versorgung.

Zum Schluss noch ein Hinweis in eigener Sache. Aus Gründen des Datenschutzes ist eine Neuansmeldung zu diesem Newsletter notwendig. Wir haben das zum Anlass genommen und werden diesen Newsletter mit der nächsten Ausgabe auch neugestalten. Wenn Sie diesen Newsletter weiter erhalten möchten, melden Sie sich **bitte hier neu** an. Die Neuansmeldung ist unkompliziert und in wenigen Sekunden erledigt.

Mit freundlichen Grüßen aus dem AOK-Bundesverband
Patrick Garre (AOK-Bundesverband)

News aus dem Krankenhaus

CORONA-NEWS >>

ABRECHNUNG >>

QUALITÄTSSICHERUNG >>

INNOVATIONSFONDS >>

PUBLIKATION >>

WEITERE INFORMATIONEN >>



■ CORONA-NEWS

Corona-Pandemie: Viele Regelungen der Qualitätssicherung bleiben ausgesetzt

(22.04.21) Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat aufgrund der anhaltenden Covid-19-Pandemie eine Reihe von Ausnahmeregelungen für Kliniken verlängert. Durch das Aussetzen der Qualitätsanforderungen bis zum 30. September 2021 werden Kliniken von zahlreichen Dokumentations- und Nachweispflichten befreit.

Erweiterte Prämie für Pflegekräfte in Kliniken

(14.04.21) Etwa 1.000 Krankenhäuser erhalten auch 2021 Sonderzahlungen, um ihren Beschäftigten eine außerordentliche „Corona-Prämie“ zu zahlen. Das hat die Bundesregierung mit dem Gesetz zur Fortgeltung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite beschlossen. Insgesamt werden 450 Millionen Euro aus Bundesmitteln auf die Häuser verteilt.

Corona-Rettungsschirm: Mehr Kliniken werden gefördert

(13.04.21) Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) hat den sogenannten Rettungsschirm für Krankenhäuser erneut verlängert. Die Verordnung vom 7. April sieht vor, dass Kliniken bis zum 31. Mai 2021 Ausgleichszahlungen aus Bundesmitteln erhalten, wenn sie elektive Eingriffe verschieben, um Kapazitäten für Covid-19-Patienten freizuhalten. Auch der Schutzschirm für Vorsorge- und Reha-Einrichtungen sowie für Fach- und Spezialkliniken bleibt bis Ende Mai bestehen.

G-BA hat Corona-Sonderregeln verlängert

(24.03.21) Die Infektionszahlen mit dem Coronavirus steigen derzeit wieder schneller an. Um unter anderem Arztpraxen zu entlasten und direkte Arzt-Patientenkontakte möglichst gering zu halten, hat der Gemeinsame Bundesausschuss nun viele Corona-Sonderregeln über das aktuelle Befristungsdatum vom 31. März hinaus verlängert.

Covid-19: Kliniken erhalten Zuschläge für telemedizinische Beratung

(11.03.21) Spezialkliniken, die in intensivmedizinische digital-gestützte Versorgungsnetzwerke (IDV-Zentren) eingebunden sind, können im laufenden Jahr Zuschläge für telemedizinische Beratungsleistungen erhalten. Dafür hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) die Zentrums-Regelungen für das Jahr 2021 geändert.

■ ABRECHNUNG

Der neue Schlichtungsausschuss funktioniert

(04.02.21) Um neue Anträge entgegenzunehmen, hat das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) am 4. Januar 2021 ein Portal auf seinen Webseiten eingerichtet. So können Kliniken und Krankenkassen, aber auch die Medizinischen Dienste, Krankenhaus- und Fachgesellschaften sowie das Bundesgesundheitsministerium (BMG) den Schlichtungsausschuss jetzt anrufen, um strittige Kodier- und Abrechnungsfragen zu klären.

■ QUALITÄTSSICHERUNG

G-BA erhöht Mindestmengen in mehreren Bereichen

(15.01.21) Um Neugeborene unter 1.250 Gramm Geburtsgewicht versorgen zu können, müssen Krankenhäuser künftig mindestens 25 Fälle pro Jahr am Standort vorweisen können. Das hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) bei seiner letzten Sitzung des Jahres Mitte Dezember beschlossen.



■ INNOVATIONSFONDS

Innovationsausschuss berät Abschlussberichte zu fünf Versorgungsforschungsberichten

(17.03.21) Im ersten Quartal 2021 hat der Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) fünf Abschlussberichte von beendeten Versorgungsforschungsprojekten abgenommen.

■ PUBLIKATION

Blickpunkt Klinik: Ein Jahr Rettungsschirm – Bilanz und Ausblick

(18.03.21) Das Jahr eins der Pandemie ist zu Ende, und mit ihm ein Jahr der Krisenfinanzierung. Den vergleichsweise wenigen Patienten, die 2020 ein Krankenhaus aufsuchten, stehen insgesamt hohe Einnahmen der Kliniken gegenüber.

■ WEITERE INFORMATIONEN

Preis 2021: Gesunde Pflege

(21.04.21) Erstmals 2021 würdigt die AOK mit dem BGF-Preis „Gesunde Pflege“ das Engagement der Pflegeinstitutionen für eine gesunde und nachhaltige Arbeitsorganisation. Das diesjährige Motto heißt „Gesund planen – doppelt gewinnen“.

Die Kaiserschnittrate ist erstmals seit 2011 gestiegen

(19.03.21) Fast jedes dritte Neugeborene wurde 2019 per Kaiserschnitt entbunden. Das teilte das Statistische Bundesamt mit. Von zirka 742.500 Kindern kamen demnach etwa 221.500 durch einen chirurgischen Eingriff auf die Welt. Die Kaiserschnittrate lag mit 29,6 Prozent noch etwas höher als 2018 (29,1 Prozent). Seit 1991 hat sich der Anteil operativ durchgeführter Geburten, der damals bei 15,3 Prozent lag, nahezu verdoppelt. Dabei werden die Gründe für die Entwicklung der Kaiserschnittgeburten in der medizinischen Fachwelt intensiv diskutiert.

■ AUSGABE 1-2/2021 VOM 27.04.21

Hier können Sie den Newsletter abonnieren:

<https://www.aok.de/gp/publikationen/klinik-kompakt/anmeldung>

AOK-Bundesverband
Rosenthaler Straße 31, 10178 Berlin

Datenschutzhinweis

Gemäß § 13 SGB I sind die Sozialversicherungsträger verpflichtet, die Bevölkerung im Rahmen ihrer Zuständigkeit aufzuklären. Wir nutzen Ihre Daten ausschließlich zu dem von Ihnen gewünschten Zweck. Ihre Daten werden anschließend gelöscht. Allgemeine Informationen zur Datenverarbeitung und zu Ihren Rechten finden Sie unter <https://aok-bv.de/datenschutz>